

1940

MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

130 - 9.7. ~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~  
UNTERABTEILUNG INFORMATION

032 289

Abt. 1

Vertraulich

EA

37/VII

(A)

10. 7. 1990

Ergebnisse des NATO-Gipfeltreffens

Im Mittelpunkt der Beratungen auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der NATO am 5. und 6. Juli in London standen der grundlegende Wandel der Sicherheitslage in Europa und die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen sowie die mit dem deutschen Einigungs-

Ziel der Londoner Beratung war es, sich über die Grundsätze für die Ausarbeitung einer neuen politischen und militärischen Strategie der NATO zu verständigen, die den gegenwärtigen und zukünftigen sicherheitspolitischen Bedingungen in Europa entspricht.

Einigkeit bestand unter den Teilnehmern des Gipfels darin, die NATO zu reformieren und ihr eine stärkere politische Ausrichtung zu geben. Unter Nutzung des KSZE-Prozesses soll zusammen mit den ehemaligen "Gegnern" eine "friedliche Neuordnung" Europas in die Wege geleitet werden. Dabei wurde jedoch betont, daß in sicherheitspolitischen Fragen die NATO den Kern einer neuen europäischen Ordnung darstellen soll und die KSZE die NATO nicht ersetzen könne.

Die Teilnehmer des Gipfels sprachen sich für die Schaffung folgender KSZE-Institutionen aus:

- regelmäßige Treffen der Staats- und Regierungschefs sowie der Außenminister der KSZE-Staaten;
- KSZE-Überprüfungskonferenzen in zweijährigem Abstand;
- eines ständigen KSZE-Sekretariats;
- eines Konfliktverhütungszentrums zum Austausch militärischer Informationen und zur Streitbeilegung;
- eines parlamentarischen Gremiums auf der Grundlage der Parlamentarischen Versammlung des Europarates;
- eines KSZE-Mechanismus zur Wahlbeobachtung in den KSZE-Staaten.

Mit der Erklärung, daß die NATO die UdSSR und die Staaten Mittel- und

Osteuropas nicht mehr als Gegner betrachtet, sollte ein politisches Signal in Richtung der Beendigung des kalten Krieges gesetzt werden. Dies kam auch in der Bereitschaft der NATO zum Ausdruck, mit den Staaten des Warschauer Vertrages eine gemeinsame Erklärung über den Gewaltverzicht zu vereinbaren, die auch für alle anderen KSZE-Mitgliedsstaaten offen sein soll.

Deutlich war das Bestreben, zu zeigen, daß die NATO keine Bedrohung mehr darstellt. Damit soll der UdSSR die Zustimmung zur Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in der NATO erleichtert werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Bereitschaft der NATO zu sehen, bei Unterzeichnung einer ersten Vereinbarung über konventionelle Streitkräfte in Europa eine Erklärung bezüglich der Obergrenzen der Streitkräfte eines vereinten Deutschlands abzugeben. Im Vorfeld des Gipfels angekündigte Sicherheitsgarantien für die UdSSR (z.B. keine Stationierung von NATO-Truppen auf dem Territorium der heutigen DDR) wurden jedoch nicht in das Abschlußkommuniqué aufgenommen.

Gleichzeitig sollte auf dem Gipfel demonstriert werden, daß die NATO auch unter den veränderten Bedingungen eine Existenzberechtigung besitzt. In diesem Zusammenhang wurde in der Diskussion insbesondere auf die Unwägbarkeiten und Risiken der Entwicklung in der UdSSR verwiesen. Die NATO sei deshalb der Garant von Stabilität und Sicherheit in Europa.

Im Kommuniqué der Tagung widerspiegelt sich sowohl das Festhalten an alten Konzepten als auch der Versuch, sich langfristig an die sich wandelnde sicherheitspolitische Lage in Europa anzupassen. Strategieveränderungen werden angekündigt aber von einer ganzen Reihe von Bedingungen abhängig gemacht und damit auf eine unbestimmte Zukunft verschoben.

Wesentliche Elemente des Abschlußkommunikés sind:

- Aufnahme von Verhandlungen mit der UdSSR über die Verringerung der taktischen Kernwaffen nach dem Abschluß von Wien I; bei Aufnahme dieser Verhandlungen Abzug der amerikanischen Artillerie aus Westeuropa, wenn die UdSSR genauso verfährt;
- Abschluß der Wiener Verhandlungen bis zum KSZE-Gipfel in diesem Jahr; anschließend sollten sofort Folgeverhandlungen zwischen den Staaten

- der NATO und des Warschauer Vertrages begonnen werden, die nach dem KSZE-Treffen 1992 in gesamteuropäischen Verhandlungen über konventionelle Abrüstung münden sollen;
- Verringerung der Abhängigkeit von Nuklearwaffen unter der Voraussetzung, daß die UdSSR ihre Streitkräfte aus Mitteleuropa abzieht und die Ergebnisse von Wien I verwirklicht werden; bei grundsätzlicher Beibehaltung der nuklearen Abschreckung sollen Nuklearwaffen unter diesen veränderten Bedingungen nur noch als Mittel des letzten Einsatzes verstanden werden;
  - Verringerung der hohen Konzentration von Streitkräften in der BRD; die verbleibenden Einheiten sollen in multinationale Korps gegliedert werden.

Als politische Maßnahmen, bei denen die DDR nicht mehr berücksichtigt wird, sind vorgesehen:

- Akkreditierung von Vertretern der Staaten des Warschauer Vertrages beim politischen Hauptquartier der NATO;
- Einladung an den sowjetischen Präsidenten und die Repräsentanten der anderen mittel- und osteuropäischen Staaten, vor dem Nordatlantikrat zu sprechen.

Obwohl die angekündigten Änderungen im militärischen Bereich nur einen ersten und langfristig konzipierten Schritt in Richtung der Aufgabe der NATO-Strategie der "flexible response" und der Vorverteidigung darstellen, wurden hier bereits Meinungsverschiedenheiten innerhalb der NATO deutlich. Großbritannien und Frankreich sprachen sich für ein Festhalten an der Strategie der Kriegsverhinderung durch nukleare Abschreckung aus. Auch das von US-Präsident Bush vorgeschlagene Konzept von den Nuklearwaffen als "ultima ratio" läßt die Möglichkeit eines Ersteinsatzes von Kernwaffen offen. Die amerikanische Forderung, daß auch in Zukunft in Europa ein "Mix" moderner Atomwaffen verbleiben sollte, macht deutlich, daß die USA an der Entwicklung und Stationierung einer neuen luftgestützten taktischen Nuklearrakete festhalten.

Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß auf dem Londoner Gipfeltreffen wichtige Entscheidungen zur Neubestimmung von Politik und Strategie der NATO getroffen wurden.

Damit wurden neue Möglichkeiten sowohl für die Entwicklung der Be-

ziehungen zwischen der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages (ohne diesen als Organisation aufzuwerten) und die Ausgestaltung des KSZE-Prozesses als auch für die Regelung der mit der deutschen Einigung verbundenen Probleme eröffnet. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie die Londoner Beschlüsse, vor allem unter Berücksichtigung der in der NATO weiter existierenden Meinungsverschiedenheiten, in die Praxis umgesetzt werden.